

Reise in die Realitäten

Autor(en): **Mahn, Christina**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **49 (1970)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338237>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reise in die Realitäten

Willy Brandts Fahrt nach Erfurt kann man nicht ohne das Persönliche sehen, das man im eigenen Innersten empfunden hat. Für einen Angehörigen des Jahrgangs 1940, der spätestens am 17. Juni 1953 anfang, «politisch» bewusst zu leben, zu registrieren – und zu kritisieren, war und ist dieser 19. März 1970 ein spezieller Tag. Der berühmte Stein fiel vom Herzen; ein Brocken, der sich in der Wahlnacht vom vergangenen September schon etwas gelockert hatte. Man muss nicht engagierter, langjähriger Sozialdemokrat sein, um feststellen zu können, dass hier ein Mann zur richtigen Stunde richtig gehandelt hat. Zeitungen, die vor Erfurt gewarnt hatten, Bundeskanzler Brandt gebe «Positionen» auf, indem er auf eine Anreise über Berlin verzichte, stellten nach Erfurt beängstigt fest, dass sich Bundesrepublik und DDR – oder, besser gesagt, die Menschen in den beiden Staaten – als eine Nation empfinden. Erfurts Rufe «Willy Brandt» und «Mit und ohne Willy Brandt, die DDR wird anerkannt» sind Realitäten, die man weder über- noch unterbewerten sollte.

Als Historiker möchte man gerne eine Maus im Zimmer eines gelehrten Kollegen des Jahres 2000 sein, um den Massstab der Geschichte anwenden zu können. Doch – was soll es? Nach Adenauer-Eiszeiten kann man einen solchen Tag nur als Wandel und Neubeginn bezeichnen. Und schlechter als in Dullesschen Zeiten kann die Lage eigentlich nicht mehr werden. Um Adenauers gesamtdeutschen Warnruf von der Lage, die noch nie so ernst war, abzuwandeln: Der Frühling war noch nie so lau.

Die Begegnung von Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt muss man im Zusammenhang mit den Bemühungen der Bundesregierung sehen, zu besseren Beziehungen mit den Ländern des Ostblocks zu kommen. Bahrs Reisen nach Moskau, die Gespräche von Duckwitz in Polen. Selbst Ulbricht, den man so gerne bequem mit dem Wort vom letzten Stalinisten abtun – oder siehe Springer-Presse gerne abkanzeln – möchte, konnte nicht umhin, im gesamteuropäischen Tauwetter auch noch das Blümchen Gespräche mit der DDR erblühen zu lassen.

Willy «Ypsilon» und Willi «I» haben Positionen bekräftigt, abgesteckt. Die Reden beider Staatschefs jetzt analysieren zu wollen, wäre vermessen. Man weiss, dass sie Erfolg hatten, denn beide Regierungschefs treffen sich am 21. Mai in Kassel. Nimmt man die Umfrage des Wickert-Instituts von Tübingen, das feststellte, 75 Prozent der deutschen Bevölkerung befürworteten das Gespräch von Erfurt, so kann man die Reaktion der Bonner Opposition mit ihren missgünstigen, politisch gefährlichen Untertönen nicht verstehen.

Sicher ist, dass die Staaten des Ostblocks nur Lösungen in Bonn wünschen, die auch von einem Teil – hoffentlich gibt es den! – der Opposition

getragen werden. Sollte ein Gedanke dahinter stecken, der Skepsis für eine zweite Regierung Brandt beinhaltet, so kann man nur hoffen, dass sich die Kreml-Potentaten gründlich irren.

Nehmen wir den 19. März und den folgenden Tag, an dem die politische Steinzeit durch Rainer Barzel im Bundeshaus als unguter Geist erschien, chronologisch: Willy Brand und Willi Stoph hielten keine Monologe. Es gab ein Gespräch unter vier Augen, für das die beiden deutschen Machthaber keinen Dolmetscher brauchten. Dass aus den Anfangsmonologen beider Herren und ihrem Vier-Augen-Gespräch ein Dialog wird, beweist die Abmachung zum zweiten Gespräch in Kassel.

Stops Forderung nach Nichteinmischung in die Aussenpolitik der DDR, also die Aufgabe der Hallsteindoktrin, ist längst vollzogen worden in Bonn. Die Frage von «Schulden» – Stoph nannte eine Summe von 100 Milliarden DM – wurde von Brandt zurückgewiesen. Und ansonsten besteht die Hoffnung, dass eine Einigung über «zwei Staaten und eine Nation» mit der Verpflichtung, diese Einheit der Nation zu wahren, zustande kommen wird. Und wer wollte gerne in der Bundesrepublik schon ernsthaft etwas an der Gesellschaftsstruktur der DDR ändern wollen?

Herbert Wehner, hartnäckiger Vorkämpfer dieser Entwicklung – man erinnere sich an den geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED im Jahre 1966 – fegte in der Art, die man eigentlich nur noch «Wehnersche» nennen kann, das bayrische Gepolter von Franz Josef Strauss vom Tisch, der «vor gefährlichen Irrtümern der Ostpolitik» geredet hatte. Und er kehrte auch Stoltenbergs – einer CDU-Hoffnung – Warnung vom Tisch, die da gelaute hatte, die völkerrechtliche Zementierung und der Vorstoss zur Anerkennung der DDR durch Bonn verstosse gegen den Grundsatz der Selbstbestimmung. Wehner brachte den Dialog mit Ostberlin auf den einfachen Nenner: «Es geht um Beziehungen anstelle von Nichtbeziehungen.» Während sich Gerhard Stoltenberg von der CDU in einer Fernsehdiskussion am 19. März bemühte, der Weltmeinung, die eindeutig auf seiten Brandts stand und steht, zu suggerieren, auch die anderen Regierungen hätten sich um Gespräche bemüht, fiel Rainer Barzel total aus dem Rahmen. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-CSU im Bundestag baute Sätze, die man dem Christdemokraten nur dann etwas nachsehen kann, wenn man ihm unterstellt, die Angst vor dem rechtsradikalen Freundeskreis des Franz Josef Strauss ausserhalb des weissblauen Freistaates Bayern sei ihm in die Knochen gefahren. Man fühlte sich um mehr als ein Jahrzehnt zurückversetzt.

Am 20. März hatte Brandt vor dem Bundestag gesprochen. Er nannte es erste Unterrichtung und bekannte, dass er gewusst habe, welche Unterschiede zutage treten mussten. Er sprach von Stops Forderungen, die unerfüllbar sind, weil sie keine rechtliche oder moralische Grundlage hätten. Hoffnung schwang in seinen Worten mit, dass aus friedlicher Koexistenz und nachbarlicher Zusammenarbeit im Rahmen Europas in freier Selbst-

bestimmung eine Zukunftslösung gefunden werden könne. Er erinnerte, dass Verträge zwischen beiden Staaten in Deutschland nicht von der Wirklichkeit abstrahiert werden könnten, in der wir leben. Diese Wirklichkeit seien die Vier-Mächte-Zuständigkeit – und die Verträge der Bundesrepublik mit den drei Westmächten. Berücksichtige man die vielfältigen Bindungen der Bundesrepublik, so lasse sich ein Gewaltverzichtsabkommen in den allgemeinen Rahmen der Aussenpolitik der Bundesregierung einordnen.

Für diese Bereitschaften Brandts zeigte Barzel kein Verständnis. Er nahm den «Beifall von Erfurt» als Grundlage für seine Feststellung, die Deutschen verstünden sich als ein Volk und wünschten Selbstbestimmung. Das ist, wenn man an den 17. Juni, Ungarn und an die CSSR denkt, ein gefährliches, fast unpolitisches Spiel. Mit dem Unterton, Brandt handle verfassungswidrig, warnte er davor, dass eine Nation, die aufhöre ihre Einheit zu wollen, sich selbst aufgebe, ein Rechtsstaat, der das Selbstbestimmungsrecht aufgebe, aufhöre, ein Rechtsstaat zu sein. Für Brandt, der die DDR anerkennen wolle (für Barzel nur eine Frage der Zeit) seien Berlin und die Lage in ganz Deutschland nur ein lästiger Ballast!

Brandt, der seine Ostpolitik immer in europäischen Gesichtspunkten betrachtet wissen will, warf er vor, die sowjetische Hegemonie in Europa zu stärken – und die europäische Einigung zu schwächen. Allgemein entstand der Eindruck, als brauche Rainer Barzel Nachhilfe im Geschichtsunterricht, damit er begreifen lerne – 25 Jahre nach dem Krieg –, wer diesen Krieg eigentlich begonnen habe.

Was in Bonn kommen wird, ist ein heisser Sommer, der Mitte April, nach den Osterferien, beginnen wird mit der Debatte um die Ostpolitik der Regierung Brandt. Sollten die Töne der Konservativen noch kälter und eisiger werden, könnten sie ernsthaft den politischen Frühling Brandts bedrohen. Barzel, der ankündigte, seine Partei werde diese Politik nicht unterstützen, erinnerte an den Deutschlandvertrag, in dem es heisse, die Regierung habe nur «Legitimation zu Gesprächen» . . . Wie gut, dass Barzel wenigstens die nicht absprechen will! Herbert Wehner kündigte ihm ein Verfassungsgerichtsverfahren an für den Fall, dass er noch einmal behaupten sollte, Brandt und das Kabinett handelten verfassungswidrig.

In Bonn wird – vielleicht zum erstenmal seit 1949 – echte Ostpolitik gemacht. Dazu gehören Debatten. Aber die Opposition sollte lernen, wie weit man gehen kann im demokratischen Parteienspiel, ohne die ausländischen Partner der zur Diskussion stehenden Politik zu diskriminieren. Denn eines ist sicher – das, was Friedrich Nowotny von der ARD am 19. März gesagt hat: «Alle kehren zurück mit der Überzeugung, dass es eine Wiedervereinigung nicht geben kann.» – Die grossen Mächte würden sie nicht wollen. Das beweisen viele, viele Pressekommentare. Und so bleibt einem relativ jungen Deutschen die Frage: Erst wurde gesagt, das innerdeutsche Schweigen und Anfeinden sei eine echte Gefahr für den Frieden in Europa. Nun will man nicht mehr anfeinden – und schweigt auch nicht

mehr. Man spricht miteinander. Warum haben alle plötzlich Angst?

In der nüchternen zeitgeschichtlichen Reihe Englands «Survey of International Affairs» erschien in einem Kriegsjahr das Gedicht eines später geadelten Engländers. «We have no trouble with the German nation. They are fond of music, poetry and beer. But . . . with tiresome iteration they choose a fool to govern them and cheer . . .» Eine Parodie auf das Preussentum, dessen Nichtexistenz 1947 durch ein Kontrollratsgesetz beseitigt wurde. Die Angst vor den Deutschen schlechthin, die so plötzlich nach Erfurt wieder aufkeimte, widmet sich dem falschen Objekt. Nicht Willy Brandt und seine Ideen sind es, denn er ist der richtige Mann zur richtigen Stunde, sondern der sich formierende Konservatismus in der Bundesrepublik, dem das Ausland seine Aufmerksamkeit widmen sollte.

«Was kommt rechts von der NPD?» lautet ein Witz in Bonn. Die Antwort: «Strauss». Ein Mann, der von der «Nationalzeitung» auf der Titelseite als Deutschlands Rettung angepriesen wurde. Und eine Blüte, die auf dem Sumpf der falschen Nationalgefühle herumtreibt, ist die Aktion Oder-Neisse. Keine Adresse, nur Postfach in Darmstadt, die sogar Mao zitiert, um die deutschen Gebietsansprüche zu zementieren. Und für alle, die Deutschlands Ostgebiete nicht besiedeln wollen, regt sie an, in diesen Territorien, fern von den ungesunden Abgasen deutscher Ballungszentren, frische Luft zu atmen . . . In diese frische Luft sollte das Ausland hineinschnuppern, das sich Morgenthausehen Ideen nach so vielen Jahren anzuschliessen scheint.

Markus Schelker

Einkommensverteilung¹

Das Problem der Einkommensverteilung ist im Grunde genommen schon so alt wie die menschliche Gesellschaft. Seitdem die Menschen begonnen haben, innerhalb von grösseren sozialen Verbänden sesshaft zu leben, stellt sich die Frage, wie die Früchte des Wirtschaftens auf jene zu verteilen seien, die an ihrem Entstehen beteiligt gewesen sind.

In den vorwiegend agrarisch-gewerblich gelagerten Gesellschaftsstrukturen, wie sie bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts anzutreffen waren, bestimmte sich das Einkommen der unselbständig Erwerbenden meist nach festgefügtten Zukunftregeln. Ein Industrieproletariat gab es noch nicht, wohl aber eine grosse Zahl von Landarbeitern. Moralische Wertungen, ethisch geprägte Gerechtigkeitsvorstellungen prägten das Bild der Wirtschaft jener Jahrhunderte. Der vom Kirchenvater Augustinus entwickelte

¹ vgl. «Profil» 10, 11, 12/1969, 1 und 3/1970